

Konzentrierte Rüstungspolitik

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse = Gazzetta militare svizzera**

Band (Jahr): **57=77 (1911)**

Heft 52

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-29318>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Allgemeine Schweizerische Militärzeitung.

Organ der schweizerischen Armee.

LVII. Jahrgang. Der Schweizerischen Militärzeitschrift LXXVII. Jahrgang.

Nr. 52

Basel, 30. Dezember

1911

Erscheint wöchentlich. — Preis per Semester für die Schweiz Fr. 5. — Bestellungen direkt an Benno Schwabe & Co., Verlagbuchhandlung in Basel. Im Auslande nehmen alle Postbureaux und Buchhandlungen Bestellungen an. — Inserate 85 Cts. die einspaltige Petitzelle. Redaktion: Oberst U. Wille, Meilen.

Inhalt: Konzentrierte Rüstungspolitik. — Zur Reorganisation des militärischen Vorunterrichtes. — Neues vom Luftschiffwesen. — Eidgenossenschaft: Beförderungen auf 31. Dezember 1911. — Ausland: Deutschland: Dezentralisation des preußischen Fliegerkorps. — Frankreich: Rückgang der Zahl der Dienstpflichtigen. Grüßen der Korporale. — Oesterreich-Ungarn: Amtstage im Kriegsministerium. Preßbureau des Kriegsministeriums. — Serbien: Ergänzung des Offizierskorps. Unteroffizierschulen.

Konzentrierte Rüstungspolitik.

Zweifellos war es für die österreichisch-ungarische Armee ein sehr schwerer Verlust, als vor kurzem der Chef des Generalstabes, General der Infanterie Conrad von Hötzendorf, von seiner Stelle zurücktrat. Er hatte sich in einem außergewöhnlich hohen Maße das Vertrauen aller, nicht bloß der Armee, sondern auch des Volkes erworben, in alle Zweige der Wehrmacht hatte er den Pulsschlag eines frischen kraftvollen Lebens hineingebracht und sowohl die taktischen Vorschriften, die während seiner Amtszeit entstanden sind, wie auch seine Anlage und Leitung der großen Manöver ließen auch den der österreichischen Armee Fernstehenden klar erkennen, daß General von Conrad das für die Friedentätigkeit auf seinem einflußreichen Posten Wichtigste besaß: *Volle Kenntnis des Wesens des Krieges.*

Zweifellos war es daher wohl auch dem Kaiser sehr schwer, dem General den erbetenen Rücktritt zu gewähren, und zweifellos mußten schwerwiegende Gründe dafür vorliegen. Diese waren, wie jetzt bekannt ist, tiefe unüberbrückbare Differenzen über die Richtlinien und Ziele der Politik zwischen dem Generalstabchef und dem Minister des Aeußeren, Grafen Aehrenthal. Während Graf Aehrenthal und hinter ihm der alte Kaiser an den Richtlinien der Politik, die der Dreibund geschaffen, mit unerschütterlicher Bündnistreue festhält, soll der Generalstabchef, und wie es heißt, hinter ihm der Kronprinz, anderes politisches Verfahren allgemein und grundsätzlich für richtiger erachten und im besondern für den österreichischen Kaiserstaat in seiner jetzigen Lage für geboten halten. Man sagt, daß seine Ansicht über ersprießliche Politik zu Nichterneuerung des Dreibundes und in der Folge auf Herbeiführung eines Krieges gerichtet gewesen wäre.

Wie weit das zutreffend ist, können natürlich Fernstehende nicht beurteilen, aber ein, auch als besondere Schrift erschienener Aufsatz in Nr. 49 von „*Danzers Armeezeitung*“¹⁾ dürfte vielleicht die An-

¹⁾ Konzentrierte Rüstungspolitik zum Rücktritt des Chefs des Generalstabes G. d. I. Franz Freiherr Conrad von Hötzendorf, von Salvator, R.

schauungen des Generals von Conrad über Politik widergeben.

Diese Darlegungen sind sehr überzeugend geschrieben und müssen ohne weiteres die Zustimmung eines jeden finden, dem einfaches willensstarkes Denken und kraftvolles Handeln zusagt. Und es soll weiter zugestanden werden, daß solche Politik, sofern sie nur zu einem lokalisierten und mit raschen Schlägen siegreich zu Ende geführten Krieg führt, auch das allergeeignetste Mittel ist, um den österreichischen Kaiserstaat nur gefestigt und kraftvoll an dem bald nicht mehr zu ertragenden innerpolitischen Interessenkampf hervorgehen zu machen.

Zusammenfassend gehen die in diesem Aufsatz dargelegten Ansichten dahin: Die Flick- und Klebearbeit der Diplomatie kann niemals die Differenzen aus der Welt schaffen, die zwischen den Staaten durch den Kampf um die *vitalen* Interessen entstehen, das kann allein ein Krieg. Nur durch diesen kann wirklicher Friede herbeigeführt werden, die auf Erhaltung des Friedens gerichteten Künste der Diplomatie erschaffen nur einen Zustand, in dem der nicht gelöschte Zündstoff unter der Oberfläche fortglimmt, daher weder den vitalen Interessen des Staates noch dem Friedensbedürfnis der Menschheit dienen kann. Derjenige Staat, der aus den Verhandlungen der Diplomatie nicht als Sieger hervorgegangen ist, weil der Zustand seiner Rüstungen für den Krieg oder die momentane allgemeine Lage ihm nicht erlaubten, auf den Krieg zur Lösung der Differenzen abzustellen, muß den durch die Diplomatie geflickten Frieden nur als Frist ansehen, die er benutzen muß, um seine Rüstungen zu vollenden und um in ihr zielbewußt darauf hinzuwirken, daß der Krieg im richtigen Momente ausbricht. Auf den als unabwendbar erkannten Krieg hinarbeiten, ist die Aufgabe der Politik, die die gesamte Kraft des Staates auf dieses eine Ziel konzentriert. Politik und Krieg müssen einen einheitlichen und untrennbaren Organismus darstellen, sie gehören zu einander wie Anlauf und Sprung. „Eine Politik, die auch in solchen Fragen, in denen eine kriegerische Entscheidung unabwendbar ist, die auf den Krieg ge-

richtete Tätigkeit unterbindet und zum Beispiel die Erhaltung des Friedens in die erste Reihe stellt, hemmt den Anlauf und läßt den Sprung mißlingen“.

Dies ist der Grundgedanke der Darlegungen in „Danzers Armeezeitung“, über die wir die Vermutung ausgesprochen haben, daß sie den Anschauungen des zurückgetretenen österreichischen Generalstabschefs entsprechen.

Wir haben schon gesagt, daß sie nach unserer Meinung jeden sympathisch berühren müssen, der zielbewußtes Denken und kraftvolles Handeln liebt. Zweifellos wird ein mächtiger Staat mit diesen Ansichten über Politik und Krieg besser fahren, als mit einer Politik, die der Möglichkeit eines Krieges als konsequente Folge ihrer Maßnahmen nicht gelassen ins Auge zu sehen wagt. Und im weiteren soll auch als eigene Ansicht ausgesprochen werden, daß es für die Welt kein Schaden wäre, wenn heute der Leiter der Politik irgend einer der Großstaaten nach diesen Leitsätzen handeln und dies den allgemeinen Krieg herbeiführen würde, und damit endlich der Zustand der Furcht und Sorge und des Mißtrauens aufhörte, der wie ein Alp auf den Völkern Europas lastet.

Trotz alledem soll versucht werden, gegen die dargelegten Lehren einige wenige Einwendungen zu erheben.

Die klare Erkenntnis des Leiters der Politik, daß seine durch die vitalsten Interessen des Staates und des Volkes gebotene Politik aller Wahrscheinlichkeit nach nur durch einen Krieg vollendet werden kann oder die Erkenntnis, daß ein solcher Krieg wegen der vitalsten Interessen des eigenen oder des feindlichen Staates, zur weltgeschichtlichen Notwendigkeit¹⁾ geworden ist, darf ihn zu nichts mehr veranlassen, als die Kräfte seines Staates gewissenhaft und vollendet für diesen Krieg vorzubereiten. Kein wirklich großer Staatsmann bemüht sich, den vorausgesehenen und vielleicht auch von ihm ersehnten Krieg gewaltsam herbeizuführen. Er wartet geduldig und gelassen, bis die Dinge durch den natürlichen Entwicklungsgang von selbst reif geworden sind, und so der Krieg auch von selbst kommt. Und es ist dann eine sich beständig wiederholende Erscheinung, daß der Staat, dessen Politik nach solcher Richtlinie geleitet wird, obschon der Krieg für ihn „weltgeschichtliche Notwendigkeit“ ist, und der sich daher auf ihn von langer Hand her vorbereitet hat, bis zuletzt auch derjenige Teil ist, der auf alles Mögliche eingeht, um den Frieden zu erhalten. Der andere aber, der ebenfalls den Krieg voraussah, der für ihn nicht im gleichen Maße weltgeschichtliche Notwendigkeit ist, und auf den er sich auch nicht gleich vorbereitet hat, der daher die Erhaltung des Friedens wünschen sollte, derjenige dann ist, der zuletzt in Nervosität auf den Krieg hintreibt und nachher auch derjenige ist, der im Kriege unterliegt.

¹⁾ Moltke hat die Bezeichnung „weltgeschichtliche Notwendigkeit“ für die großen Kriege von 1866 und 1870/71 geprägt. — Das ist die Errungenschaft unserer Kultur, daß in Europa keine andern Kriege, als solche, die weltgeschichtliche Notwendigkeiten sind, ausbrechen dürfen.

So war es 1866 und 1870.

Wenn auch Bismarck 1851 nach Olmütz preussischer Bundestags-Gesandter geworden, vom ersten Moment an eine Politik einschlug, die mit jedem diplomatischen Erfolg immer näher zum Krieg mit Oesterreich führte, wenn er auch ganz klar wußte, daß Preußen nie ohne ihn zu der ihm gebührenden Stellung kommen könne und daß das zähe Ringen gegen Oesterreich um die Vorherrschaft in Deutschland nur durch einen Krieg beendet werden könne, so hat er doch nie das geringste getan, um den Ausbruch des Krieges zu beschleunigen. Das besorgte alles für ihn Oesterreich, angefangen von den Revisionsanträgen der Bundesakte bis zur Interpretation des Gasteiner - Vertrages, alles, was Preußen dann tat, waren nur durch österreichische Politik erzwungene Gegenzüge: beständig war auch bei Bismarck die Bereitwilligkeit vorhanden zur Verständigung und geduldig ging er auf alle Vorschläge berufener und unberufener Vermittler noch ein, als sich die Dinge schon so weit zugespitzt hatten, daß ein Krieg nicht mehr verhindert werden konnte.

Nach den Erfolgen von 1866 war der Krieg mit Frankreich zur weltgeschichtlichen Notwendigkeit geworden, auf den Preußen-Deutschland sofort begann, sich zu rüsten. Aber obgleich dieser Krieg erwünscht, ich möchte sagen, ersehnt und Deutschland trefflich gerüstet auf seinen Ausbruch wartete, und in Frankreich noch nicht die Wehrreformen des Marschall Niel vollendet waren, so tat Bismarck auch dieses Mal nichts, um den Ausbruch des Krieges zu beschleunigen, im Gegenteil, er tat alles statthafte, um ihn hinauszuschieben (Konflikt über Luxemburg und die spanische Thronkandidatur). Erst als die Minister Napoleons III. so naiv waren, zu glauben, der Wunsch, den Frieden zu erhalten, ginge so weit, daß sich Preußen in seinem Könige schimpflich demütigen ließe, da wies der König dem französischen Botschafter die Tür und Bismarck tat das Geeignete, um die Kriegsbegeisterung des Landes zu entflammen.

Aehnlich war es auch mit dem Ausbruch des Krieges 1904 zwischen Rußland und Japan. Für Japan war es die Bedingung fernerer Entwicklung, für Rußland nichts weiter, als daß ihm — gerade wie für Oesterreich 1866 Preußen und wie für Frankreich 1870 Deutschland — das aufwärts strebende Japan sich gegenüber zu sehen sehr unbehaglich war! Japan hatte sich zielbewußt, planvoll auf den Krieg vorbereitet und stand fertig da, während Rußland ganz gleich wie Oesterreich 1866 und Frankreich 1870, wohl das Kommen des Krieges auch vorausgesehen hatte, aber nicht oder wenigstens nicht so vollkommen wie Japan, auf ihn gerüstet war. Aber auch hier war es nicht Japan, sondern Rußland, das schließlich den Ausbruch des Krieges veranlaßte. Auf die rechtlich wohl begründeten Begehren zur Einhaltung eingegangener Verpflichtungen und auf das berechtigte Verlangen Japans auf den ihm gebührenden Platz an der Sonne ging Rußland nicht ein und erst als alle diplomatischen Vorstellungen vergeblich, da ergriff Japan die Initiative zum

Krieg nach dem Clausewitz'schen Satz: „Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln“.

Das ist der Irrtum in dem Aufsatz „Konzentrierte Rüstungspolitik“ in „Danzers Armeezeitung“, daß der Verfasser meint, ein als unabwendbar erkannter Krieg müsse herbeigeführt werden, sobald die auf ihn hinggerichteten Rüstungen vollendet sind. Das mag für die niedere Kulturepoche vergangener Zeiten, die mit den Kriegen und dem Zusammenbruch des großen Napoleon ihr Ende nahm, allenfalls gepaßt haben, für unsere Kultur paßt das nicht mehr, oder höchstens nur für Kriege an der Peripherie der Kultur, die, wenn sie auch nur im Interesse der Machtausdehnung eines Kulturstaates unternommen sind, am Schluß der Dinge doch der Ausbreitung der Kultur dienen. In unserer Kulturwelt dürfen und können keine anderen Kriege mehr entstehen, als solche die „weltgeschichtliche Notwendigkeiten“ sind und dafür können sie nur dann dienen, wenn sie erst ausbrechen, sobald sie durch die natürliche Entwicklung der Dinge auch wirklich zur unabwendbaren Notwendigkeit geworden sind. Das Kind muß ausgetragen sein, bevor man helfen darf, es in die Welt zu bringen, daran ändert nichts, daß man mit Sicherheit voraussieht, daß es einmal zur Welt kommen wird. Daran ändert nichts, daß alles bis ins kleinste dafür gerüstet ist und daß auch die Mutter sehnsüchtig auf den Moment wartet, wo der unbehagliche Zustand aufhört, in dem sich „die ganze Kraft des Organismus auf dieses eine Ziel konzentriert“ hat.

Mehr noch als in allem, was er zielbewußt geschaffen hat, empfinde ich die Größe Bismarcks in solichem Warten können, in seinen Bemühungen, Europa den Frieden so lange zu erhalten, wie möglich wird. Darüber war doch wohl bei ihm kein Zweifel, daß der Krieg von 1859 und 1866 wohl Italien und der Krieg von 1866 und 1870/71 wohl Deutschland Einheit und Größe gegeben hatten, aber daß die alten Staaten Deutschland, aber auch Italien, den der Größe entsprechenden Platz an der Sonne erst dann resigniert lassen würden, wenn in einem zweiten großen Krieg der Beweis erbracht würde, daß Deutschland den Rang in der Völkerfamilie, auf den es durch jene Kriege erhoben, auch bewahren könne. Daß für das geeinte Deutschland, das zerrissen und ohnmächtig zu halten das Ziel der Politik der anderen Staaten seit Jahrhunderten gewesen, früher oder später ein solcher Krieg kommen müßte, war für ihn nie zweifelhaft und gleich nach 1871 wurde auch als oberste Aufgabe des geeinten Deutschland erkannt, sich wieder für den Krieg zu rüsten. Frankreich gab sehr bald wiederholt Anlaß, ihm den Krieg zu erklären und je rascher nach 1870/71 dieser zweite Krieg erfolgte, desto größer war die Sicherheit, daß er dieses Mal „saigner à blanc“ sein werde, wie Bismarck sich ausdrückte, als er im Reichstag über eine von Frankreich heraufbeschworene Kriegsgefahr sprach.

Trotz alledem war der Leitsatz seiner Politik, daß es Pflicht sei, nicht bloß gegenüber dem eigenen Volke, sondern auch gegenüber der Menschheit, den Ausbruch auch eines als unabwendbar erkannten

Krieges so lange zu verhindern, wie möglich ist, selbst wenn dies nur ein einziger Tag sei.

Dieser Grundsatz führte zur Gründung des Dreibundes, der den Frieden in Europa seit 30 Jahren aufrecht gehalten und von dessen Segen für seine Staaten und für die gesamte Menschheit der ehrwürdige Kaiser von Oesterreich tief durchdrungen ist.

Es soll indessen die Möglichkeit nicht geleugnet werden, daß jene recht haben, die meinen, es wäre wünschenswert, daß der große Krieg, auf den hin die Völker sich schon so lange rüsten, endlich mal ausbreche. Es kann auch gar nicht geleugnet werden, daß die Treibereien jener, die ganz sicher den Krieg ebenso wenig wollen, aber im Vertrauen auf die Friedenstendenzen des Dreibundes glauben, ohne Gefahr sich sehr viel herausnehmen zu dürfen, daß diese Treibereien allbereits einen Zustand in Europa herbeigeführt haben, der nur durch rücksichtslose Gewalttätigkeit beendet werden kann.

Es bliebe noch zu erörtern, ob durch die konzentrierte Rüstungspolitik aller Staaten, die den Frieden in Europa so lange erhalten hat, die Staaten verarmt und das wirtschaftliche Gedeihen der Völker gelitten hat und ob aus diesen Gründen ein frischer fröhlicher Krieg herbeigewünscht werden muß, durch den der verderbliche Zustand der konzentrierten Rüstungspolitik aufhört.

Als Antwort genügt der Hinweis auf die einfache Tatsache, daß, solange wie die Menschheit besteht, noch nie ihr wirtschaftliches Gedeihen so ungeheure Fortschritte gemacht hat, wie in unserer Zeit der großen Rüstungen. Wenn momentan eine Krisis im wirtschaftlichen Gedeihen eingetreten sein sollte, so liegt der Grund nicht darin, daß die gewaltigen Rüstungen unserer Zeit so viel Kraft des Staates und des Bürgers dem wirtschaftlichen Leben entziehen, daß dieses nicht weiter gedeihen kann, sondern ganz allein darin, daß die Entwicklung des wirtschaftlichen Gedeihens in den letzten 40 Jahren so ungeheuer groß und so rasch, wie noch nie zuvor, gewesen ist. Der Ausbruch des großen europäischen Krieges, an den die Menschheit beständig voll Angst und Sorge denkt, und den der Dreibund bis jetzt verhindert hat, und auf den hin die Staaten sich so mächtig gerüstet haben, wäre daher nicht geboten, weil die Rüstungen endlich aufhören müssen, sondern damit auch auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Lebens der nach überschnellem Wachstum gebotene Rückschlag eintritt und die Entwicklung nachher in ruhige Bahnen gleitet. Das kann jedoch auch ohne dies Radikalmittel geschehen. Es hat den Anschein, wie wenn man jetzt schon mitten drin ist, all die Treibereien, die alle Augenblicke die Staaten an den Rand des Krieges führen, dürfen als ein Symptom dafür angesehen werden.

Die letzte Frage, die noch zu beantworten wäre, ist, ob nicht bei den großen Kriegsrüstungen, ohne daß es zu einem Kriege kommt, die für alles entscheidende Kraft von Staat und Volk: die innere Kriegstüchtigkeit zugrunde geht. Gewiß hat das Naturgesetz auch hier allgemeine Gültigkeit, daß

die Organe, die das Lebewesen nicht gebraucht, allmählich verkümmern, aber es hat doch nur sehr bedingte Gültigkeit. Für ein Volk auf ganz niederer Kulturstufe gilt es unbedingt, für dieses ist Krieg — wenn er auch nur in Straßenraub und Privatfehde besteht — unerläßliche Notwendigkeit, um die Kriegstüchtigkeit von Staat und Bürger zu erhalten; wenn ein solches Volk in glücklichem Frieden und Wohlstand lebt und die Rüstungen für den Krieg nur macht, damit es nicht zu einem Kriege kommt, so werden diese Rüstungen sehr bald und beständig immer mehr zu einer Spielerei und der Betrieb der Kriegsvorbereitungen wird ein weiteres Mittel zur Zerstörung der militärischen Kraft und der militärischen Tugenden von Volk und Regierung. Je höher aber ein Volk in der Kultur steht, desto weniger bedarf es des Krieges selbst, um es kriegstüchtig zu erhalten, es genügt bei diesem vollkommen an den *in der Kenntnis des Wesens des Krieges betriebenen Vorbereitungen zum Krieg*. In diesem Volk tritt dann der *kriegerische Geist*, d. h. die Freude an kriegerischem Ruhm, die Lust zum Raufen, zurück, an seine Stelle tritt dann der *militärische Geist*, d. h. die schlichte Bereitwilligkeit, all das zu tun und zu ertragen, was der Krieg fordert, der im Interesse des Vaterlandes geführt werden muß. Der militärische Geist im Volk hat ganz denselben Effekt, wie die konzentrierte Rüstungspolitik des Staates. Beide wollen den Krieg nicht herbeiführen, im Gegenteil, sie wollen keinen Krieg, aber sie sind bereit, ihn zu führen, wenn es sein muß und wenn es dann sein muß, so geht man dank ihnen mit dem ruhigen Gewissen in den Krieg, das Chauvinismus nicht versteht, aber zu kraftvollem Handeln befähigt.

Dieses militärische Wesen, das beim Kulturmenschen jenes kriegerische Wesen ersetzt, das für den Menschen auf niederer Kulturstufe erstes Erfordernis zur Kriegstüchtigkeit ist, kann nie durch den Krieg, sondern ganz allein durch die Friedensarbeit, durch konzentrierte Rüstung auf den Krieg herbeigeführt werden.

Es kommt nur darauf an, daß man die Sache richtig betreibt. Wenn aber der militärische Geist im Volk zur höchsten Potenz entwickelt wird, dann dient die konzentrierte Rüstungspolitik auch dem wirtschaftlichen Gedeihen der Nation. Es soll die Behauptung gewagt werden, daß die Entwicklung des militärischen Geistes heute die Notwendigkeit ist für Erweckung und Erhaltung der für den wirtschaftlichen Kampf des Einzelnen erforderlichen Eigenschaften und daß die von Haus aus kraftvollsten Nationen, wenn sie auch auf noch so hoher Stufe des wirtschaftlichen Gedeihens und des sozialen Lebens stehen, von jenen anderen überflügelt werden, in die *richtige* konzentrierte Rüstungspolitik, *militärischen Geist* gepflanzt hat.

Nach diesen Darlegungen sei die Ansicht ausgesprochen, daß konzentrierte Rüstungspolitik auch dann nicht auf Herbeiführung eines Krieges gerichtet sein sollte, wenn man ganz klar weiß, daß er kommen muß, ihr alleiniger Zweck ist Erhaltung

des Friedens. Dagegen aber befähigt sie mit Gelassenheit den Moment abzuwarten, wo in natürlicher Ausreifung der Dinge der Krieg kommt, den man, weil er eine weltgeschichtliche Notwendigkeit ist, schon lange vorausgesehen hatte.

Zur Reorganisation des militärischen Vorunterrichtes.

Eine große Anzahl meiner Kameraden, die am militärischen Vorunterrichte in den letzten Jahren aktiv teilgenommen haben, sind mit mir der Ansicht, daß eine Reorganisation dieser für unser Wehrwesen so wichtigen Institution eintreten muß, soll dieselbe nicht aus Gründen, die weiter unten angeführt sind, zugrunde gehen. Worin meiner Ansicht nach diese Neuordnung bestehen muß, sei im folgenden dargelegt.

Ich bin, dies sei gleich vorausgeschickt, ein Verfechter jener Richtung, welche die militärische Jugenderziehung der Truppenordnung anpassen, mit andern Worten unter die direkte Leitung der auch im Feldheere verantwortlichen Truppenführer stellen will.

Die ganze neuere Entwicklung unseres Wehrwesens geht dahin, die Verantwortlichkeit des Truppenführers, vom Kompagniechef hinauf bis zum Divisionskommandanten, für die Kriegstüchtigkeit der ihm unterstellten Truppe zu erhöhen. Um dies erreichen zu können, müssen dem Führer auch die Mittel in die Hand gegeben werden, die Ausbildung der Truppe in seinem Sinne zu beeinflussen. Nur dann kann er jene Verantwortung voll und ganz übernehmen. So wenig es nun dem Truppenführer jeden Grades gleichgültig sein kann, wen er als untergebenen Offizier oder Unteroffizier in seinem Truppenteil erhält, so wenig kann und darf es ihm der Ausbildungsstand, die Disziplin, der Charakter, der jedes Jahr neu zur Truppe eingeteilten Mannschaften sein. Er muß versuchen, auch schon bei der Auswahl und der Erziehung dieser jungen Mannschaften einen gewissen Einfluß zu gewinnen. Deshalb inspiziert heute der Divisionskommandant die Schulen und Kurse der seiner Division angehörenden Truppen, darum hat bis heute der Schützenmajor das von vielen seiner Kameraden mit Recht beneidete Privileg, sich seine Rekruten selbst auszuwählen. Deshalb wäre es auch wünschenswert, die Rekrutenschulen so zu organisieren, daß auch den unter dem Divisionskommandanten stehenden Truppenführern Gelegenheit geboten ist, *ihre* Rekruten bei der Arbeit zu sehen.

Und nun diese selbe Idee auf den militärischen Vorunterricht angewendet: Nicht nur während zweier Wochen im Wiederholungskurse soll der Vorgesetzte seinen Einfluß auf seine Untergebenen ausüben können, nicht nur ein- oder zweimal soll er seine Rekruten in der Rekrutenschule arbeiten sehen, er soll auch bei der nicht minder wichtigen Vorbereitung seiner zukünftigen Soldaten ein Wort mit-sprechen können.